Diskussionen über Burkinis im Schwimmunterricht

26. Juni 2018

Berlin (KNA) Politiker und Islamexperten diskutieren weiter über Burkinis im Schwimmunterricht. Die frühere Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) stärkte Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) den Rücken. Sie finde deren pragmatische Haltung „vollkommen richtig“, sagte John am Montag der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Berlin. Giffey hatte erklärt, es sei notfalls vertretbar, wenn Schulen die Teilnahme am Schwimmunterricht förderten, indem sie Burkinis zuließen – eine Badebekleidung für muslimische Mädchen und Frauen, die bis auf Gesicht, Hände und Füße den gesamten Körper bedeckt.

John sagte, in einer offenen Gesellschaft müsse eine solche Normabweichung akzeptiert werden. Sie sei sicher, dass sich das Tragen von Burkinis eines Tages von selbst erledigen könnte, „wenn wir es nun nicht offen bekämpfen“. Wenn nicht, werde die deutsche Kultur auch nicht untergehen.

Unterdessen präzisierte Giffey ihre Haltung. Sie befürworte das Tragen von Burkinis im Schwimmunterricht nicht und halte es auch nicht für unproblematisch, betonte sie. Zugleich müsse die Politik dafür sorgen, dass alle Kinder schwimmen lernten. Wenn Schulleiter vor Ort eine pragmatische Lösung fänden, „ist das zwar nicht optimal, aber ich finde nicht, dass sich Bundespolitiker darüber erheben sollten“. Sie lehne aber eine Ausstattung von Schulen mit Burkinis aus öffentlichen Geldern ab.

Stein des Anstoßes ist Anschaffung von 20 Burkinis durch ein Herner Gymnasium. Dies hatten sowohl die NRW-Landesregierung als auch die stellvertretende CDU-Bundesvorsitzenden Julia Klöckner kritisiert. Die Schule wollte nach eigenem Bekunden dafür sorgen, dass muslimische Schülerinnen keine Ausrede mehr haben, dem Schwimmunterricht fernzubleiben.

Frauenrechtlerin Seyran Ates erklärte, Burkinis seien im Schwimmunterricht nicht „vertretbar“. „Der große Rest der aufgeklärten Welt sehnt den Augenblick herbei, an dem diese Meinung nichts mehr in der Nähe eines Politikprozesses verloren hat“, schreibt die Juristin auf Facebook.

Der Psychologe Ahmad Mansour kritisierte ebenfalls auf Facebook: „Was an dieser Herner Schule passiert, ist ein Aufgeben gegenüber patriarchalischen Familienstrukturen und konservativen religiösen Vorstellungen.“ Die Schule akzeptiere damit eine Tabuisierung der Sexualität. „Außerdem werden andere Mädchen, die keinen Burkini tragen, unter Druck gesetzt.“ Kinder müssten ohne „Symbole der Unterdrückung“ schwimmen lernen.

Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, sprach von einer „Pseudodebatte“, die wirkliche Probleme verdecke. Giffey habe einen „vernünftigen

und gangbaren Kompromiss“ formuliert, sagte Mazyek der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ (Dienstag). Islamkritiker wollten indes „der ohnehin durch das Angstthema Islam verunsicherten Gesellschaft weismachen, hinter alledem stecke der Extremismus“. Der eigentliche Skandal seien marode Schwimmhallen, fehlende Bademeister und die Tatsache, dass viele Schüler nicht oder nicht richtig schwimmen könnten.

(KNA – skqmp-89-00138)

Stand: 16. November 2026